

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzung: Dienstag, 04.02.2025

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:02 Uhr

Ende: 18:46 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Frank Täubert - CDU

Vertretung für: Herrn Thorsten Köster

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

bis 16:55 Uhr

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Thomas Behrens - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

bis 18:07 Uhr

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - CDU

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE

bis 17:16 Uhr

Herr Oskar Schwarz - CDU

Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD

Herr Torsten Busch - Behindertenbeirat Braunschweig

Vertretung für: Herrn Aytekin Demirbas

Herr Christian Grußka - Polizeiinspektion Braunschweig

bis 18:11 Uhr; Vertretung für: Herrn
Uwe Mickler

Frau Gunhild Salbert – Seniorenrat Braunschweig

Gäste

Herr Matthias Fricke - ALBA Braunschweig GmbH

Herr Janosch Radermacher - Umwelt- und Energie-Consult
GmbH

Herr Florian Amme - WVI GmbH

Herr Manfred Michael - WVI GmbH

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Stephan Kühl - FBL 60

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Burkhard Wiegel - FBL 66

Frau Kristina Ehrenreich - AbtL 66.1

Herr Sebastian Hallmann - RefL 0120

Herr Robert Müller - FB 66

Herr Thomas Pust - RefL 0300

Herr Timo Weichsler - RefL 0660

Herr Mehmet Esen - StL 0660.20

Herr Nils-Christian Lohmann - FB 66

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Frau Pauline Becker - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Thorsten Köster - CDU

entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD

entschuldigt

Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig

entschuldigt

Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig

entschuldigt

Verwaltung

Herr Dirk Franke - FBL 65

entschuldigt

Frau Katja Langer - RefL 0650

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22.10.2024 (öffentlicher Teil) | |
| 3 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.12.2024 (öffentlicher Teil) | |
| 4 | Mitteilungen | |
| 4.1 | Neubau Bioabfallvergärungsanlage | 25-25144 |
| 4.2 | 15. Kompaktbericht Stadtbahnausbau | 25-25072 |
| 5 | Anträge | |
| 5.1 | Antrag: Bau eines Hochgeschwindigkeitskonzeptes in Braunschweig - Der "Ringkansen" | 25-25133 |
| 5.2 | Festlegung einer Vorzugsvariante für die weitere Planung eines Ersatzes für den bestehenden Bahnübergang Grünewaldstraße | 25-25134 |
| 6 | Haltepunkt Bienrode ÖPNV-Konzept | 24-24888 |
| 6.1 | Haltepunkt Bienrode ÖPNV-Konzept | 24-24888-01 |
| 7 | Mobilitätsentwicklungsplan 2035+ | 24-24770 |
| 7.1 | Änderungsantrag DS 24-24770 "Mobilitätsentwicklungsplan 2035+" | 25-25183 |
| 7.2 | Mobilitätsentwicklungsplan 2035+
Änderungsantrag zur Vorlage 24-24770 | 24-24770-01 |
| 8 | Peterskamp: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle "Lägenkamp" | 24-24917 |
| 9 | Anfragen | |
| 9.1 | Verkehre im Nördlichen Ringgebiet | 25-25127 |
| 9.1.1 | Verkehre im Nördlichen Ringgebiet | 25-25127-01 |
| 9.2 | Optimierung Zielszenario MEP | 25-25116 |
| 9.2.1 | Optimierung Zielszenario MEP | 25-25116-01 |
| 9.3 | Mündliche Anfragen | |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie informiert, dass Ratsherr Köster durch Ratsherr Täubert und Herr Mickler durch Herrn Grußka vertreten wird und Bürgermitglied Dr. Wendenburg entschuldigt fehlt.

Als Gäste der Sitzung begrüßt die Ausschussvorsitzende Herrn Radermacher (Umwelt- und Energie-Consult GmbH, Berlin) und Herrn Fricke (ALBA Braunschweig GmbH), die zu TOP 4.1 an der Sitzung teilnehmen, sowie Herrn Hallmann (Leiter des Referats Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung) zu TOP 6 und Herrn Pust (Leiter des Rechtsreferats) zu TOP 14.

Zur Tagesordnung regt die Ausschussvorsitzende an, die TOPs 7 (Mobilitätsentwicklungsplan 2035+) und 5.2 (Festlegung einer Vorzugsvariante für die weitere Planung eines Ersatzes für den bestehenden Bahnübergang Grünewaldstraße) in der Beratungsreihenfolge vorzuziehen und im Anschluss an die schriftlichen Mitteilungen unter TOP 4 zu behandeln.

Ratsherr Behrens bittet, die Anfrage unter TOP 9.2 (Optimierung Zielszenario MEP) aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam mit dem TOP 7 zu behandeln.

Ausschussvorsitzende Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22.10.2024 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.12.2024 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

4. Mitteilungen

4.1. Neubau Bioabfallvergärungsanlage

25-25144

Stadtbaurat Leuer führt in die Mitteilung 25-25144 ein.

Herr Radermacher stellt das Planungskonzept zum Neubau des BioEnergieZentrums (BEZ) Watenbüttel anhand einer Präsentation vor.

Verschiedene technische Fragen zum Betrieb der Bioabfallvergärungsanlage werden von Herrn Radermacher und Herrn Fricke beantwortet.

Auf Nachfrage von Ratsherr Disterheft informiert Herr Fricke, dass die Finanzierung der Anlage zunächst durch die ALBA Niedersachsen-Anhalt GmbH erfolgt. Sofern die Leistungsverträge mit der ALBA GmbH nicht verlängert würden, würde die Anlage an die Stadt zurückgehen und dann von der Stadt selbst oder einem von der Stadt beauftragten Dritten geführt werden.

Zur weiteren Nachfrage von Ratsherr Disterheft zur Rendite führt Herr Fricke aus, dass diese mit 3 Prozent anzusetzen sei. Dabei müsse jedoch die Gesamtkalkulation berücksichtigt werden, in die auch die wirtschaftlichen Vorteile aus der Erzeugung des Biogases und dessen Verstromung einzubeziehen seien.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-25144 wird zur Kenntnis genommen.

4.2. 15. Kompaktbericht Stadtbahnausbau

25-25072

Auf Nachfrage von Ratsherr Behrens zum Start des Teilprojekt 4 – westliche Innenstadt - Lehdorf/Kanzlerfeld bittet Stadtbaurat Leuer um Berücksichtigung der Personalressourcen. Aktuell seien noch nicht alle Planstellen besetzt. Darüber hinaus zeige sich an den laufenden Projekten, dass die Maßnahmen aufgrund ihrer Komplexität Personalkapazitäten binden und Prioritäten zu setzen sind. Die noch nicht in der Bearbeitung befindlichen Projekte werden von der Verwaltung in die Bearbeitung genommen, wenn zumindest alle Planungen für die ersten beiden Projekte abgeschlossen seien und diese sich in Bau befinden. Einen Zeitpunkt hierfür könne er noch nicht benennen.

Ratsfrau Kluth erinnert an die laufende Ausführungsplanung zum Neubau einer Stadtbahnstrecke nach Volkmarode Nord und die von den Fuß- und Radverkehrsverbänden zur Planung vorgetragenen Anmerkungen. Eine Abstimmung mit den Verbänden vor Umsetzung der Planung würde sie begrüßen.

Stadtbaurat Leuer verweist hierzu auf einen regelmäßigen Austausch mit den Verbänden.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-25072 wird zur Kenntnis genommen.

7. Mobilitätsentwicklungsplan 2035+

24-24770

7.1. Änderungsantrag DS 24-24770 "Mobilitätsentwicklungsplan 2035+"

25-25183

**7.2. Mobilitätsentwicklungsplan 2035+
Änderungsantrag zur Vorlage 24-24770**

24-24770-01

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 24-24770 ein und erläutert den Sachstand des Mobilitätsentwicklungsplans (MEP) anhand einer Präsentation.

Ratsherr Behrens fragt, ob die Verwaltung die Klimaschutzziele als verfehlt ansieht.

Stadtbaurat Leuer erklärt, die Klimaschutzziele nicht als verfehlt anzusehen. Er hält die Ergebnisse, die der Prozess erbracht hat, für sehr beachtlich.

Zur Nachfrage von Ratsherr Behrens unter Bezugnahme auf die Nichterreichung der Zielmarke einer Reduzierung um 67 % der THG-Emissionen im Kfz-Verkehr erklärt Stadtbaurat Leuer, dass Braunschweig seine Ziele nur in Abhängigkeit von der Gesamtentwicklung zur Mobilität erreichen kann. Er zeigt sich optimistisch, dass die Entwicklung sowohl in der Region in Land, Bund und EU in die richtige Richtung führt.

Verschiedene Sachfragen von Ratsfrau Arning zu den Aspekten Interkommunales Gewerbegebiet BS-SZ (Bereich BS), Fertigstellungen der Velorouten und Radschnellwege, flächendeckende Anordnung von Tempo 30 außerhalb des Hauptnetzes und Unterbindung Durch-

gangsverkehrs in der Innenstadt, die der Verwaltung im Vorfeld der Sitzung zugeleitet wurden, werden von Stadtbaurat Leuer beantwortet.

Protokollnotiz: *Auf Wunsch der Fragestellerin erfolgt eine schriftliche Beantwortung der Fragen im Nachgang der Sitzung, die allen Fraktion und Gruppen im Rat sowie den fraktionslosen Ratsmitgliedern übermittelt wird.*

Auf Nachfrage von Ratsherr Disterheft unterstreicht Stadtbaurat Leuer, dass die Thematik Inklusion beim MEP eine bedeutende Rolle einnimmt. Zum weiteren Verfahren kündigt er die Absicht der Verwaltung an, eine Arbeitsgruppe unter Berücksichtigung aller bisher am MEP mitarbeitenden Gruppen einzurichten. Die Arbeitsgruppe müsse dabei jedoch arbeitsfähig bleiben. Die Verwaltung werde den Gremien hierzu einen Vorschlag unterbreiten.

Stadtbaurat Leuer informiert auf Nachfrage von Ratsfrau Mundlos über die aktuellen Regelungen zur Stellplatzpflicht in der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) für Wohnnutzungen und die Möglichkeiten zur Festsetzung von Einstellplätzen. Die Stellplatzpflicht für gewerbliche Nutzungen bleibt unverändert bestehen. Vor dem nachträglichen Erlass einer städtischen Stellplatzsatzung in Gewerbegebieten erfolgt zunächst eine Analyse möglicher Problemlagen. Nur sofern eine Problemlage festgestellt wird, werde von der Verwaltung eine geeignete Lösung gesucht.

Auf Nachfrage von Ratsherr Behrens zur Berechnung der Ergebnisse im Verkehrsmodell erläutern Herr Michael und Herr Amme die Vorgehensweise bei einer Verkehrsmodellierung.

Ratsherr Wirtz informiert die zu dieser Vorlage in einer Sitzung der Stadtbezirksräte auf seine Nachfrage getroffene Aussage, der Anteil des Durchgangsverkehrs auf dem Bohlweg betrage 30 bis 40 Prozent. Diese Angabe sei zu ungenau und erscheine ihm nach eigener Bewertung zu hoch gegriffen. Da der Anteil des Durchgangsverkehrs allerdings für eine Entscheidung über den künftigen Verkehr auf dem Bohlweg relevant sei, bittet er die Verwaltung eine genauere Zahl nachzureichen.

Stadtbaurat Leuer sagt zu, konkretere Daten nachzureichen.

Protokollnotiz: *Der Anteil des Durchgangsverkehrs auf dem Bohlweg wurde für den Streckenabschnitt zwischen Hagenmarkt (FR Süd)/Fallersleber Straße (FR Nord) und Stobenstraße ermittelt und für einen Querschnitt vor dem Schloss betrachtet.*

Angaben in Kfz/Tag

	DV	Gesamt	Anteil DV
<i>Analysefall 2016</i>	<i>8.767</i>	<i>23.360</i>	<i>38%</i>
<i>Basisszenario 2035</i>	<i>4.736</i>	<i>17.100</i>	<i>28%</i>

Der Anteil an Durchgangsverkehr bei Betrachtung des Abschnittes „Bohlweg zwischen Steinweg und Georg-Eckert-Straße“ dürfte deutlich über den genannten Werten liegen.

Ratsfrau Arning bringt für die BIBS-Fraktion den Änderungsantrag 25-25183 ein und begründet diesen.

Ratsherr Behrens bringt für die Gruppe Die FRAKTION. BS den Änderungsantrag 24-24770-01 ein und begründet diesen.

Ratsherr Pohler meldet für die CDU-Fraktion weiteren Beratungsbedarf an und stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Vorlage 24-24770 sowie die Änderungsanträge 25-25183 und 24-24770-01 passieren zu lassen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt den Antrag auf passieren lassen zur Abstimmung.

Beschluss zur Vorlage 24-24770:

1. ~~Der Mobilitätsentwicklungsplan 2035+ wird als ganzheitliche und strategische Planungsgrundlage der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis genommen.~~
2. ~~Die Verwaltung wird im Rahmen der verfügbaren Ressourcen beauftragt, die 88 Maßnahmen aus dem Zielszenario 2035 zu konkretisieren und koordiniert umzusetzen. Vor der jeweiligen Umsetzung sind die Maßnahmen den Ratsgremien zur Entscheidung vorzulegen.~~
3. ~~Die Verwaltung wird beauftragt, den Fortschritt der Maßnahmenumsetzung zu untersuchen und den politischen Gremien, den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Interessensträgern zu berichten. Mit den Ergebnissen und gewonnenen Erkenntnissen wird iterativ die Zielerreichung kontrolliert. Bei sich verändernden Mobilitätsanforderungen wird auf neue Herausforderungen reagiert und unter Einbeziehung der relevanten Akteure neue Lösungen entwickelt.~~

Beschluss zu Antrag 25-25183:

~~Eine Überarbeitung des MEP 2035+ ist notwendig. Insbesondere sollten folgende Punkte nachgebessert werden:~~

1. ~~Umfangreiche Projekte, die voraussichtlich bis 2035 nicht umgesetzt werden können, sollen mit einem ambitionierten und realistischen Zielzeitpunkt benannt werden. Beispiel: Aus- und Umbau der Radwege.~~
2. ~~Berechnungen für den modal split und die THG-Emissionen werden entsprechend angepasst und für die Jahre 2035 / 2040 / 2045 / 2050 benannt.~~
3. ~~Da der Zielwert für die THG-Reduktionen von 67 % bis 2035 unter den gegebenen Bedingungen nicht erreicht wird, werden von der Verwaltung zusätzliche Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen das Ziel schneller erreicht wird als mit den bisher formulierten. Dazu gehören u.a. die bisher nur pauschal genannten Maßnahmen „Unterbindung des Durchgangsverkehrs Innenstadt“.~~
4. ~~Als Beispiel für solche zusätzlichen Maßnahmen seien genannt:~~
 - a. ~~Sackgassenbildung Sonnenstraße, Gördelingerstraße nahe Altstadtmarkt~~
 - b. ~~Sackgassenbildung Güldenstraße nahe Gieseler; Restverkehr läuft einspurig. Vorteil für Fußgänger: Innenstadt ist vom Bereich westliche Okerumflut besser zu erreichen.~~

Beschluss zu Antrag 24-24770-01:

~~Im Vorschlag der Verwaltung werden die neuen Punkte 3. bis 5. aufgenommen. Die fortlaufende Numerierung wird entsprechend angepasst.~~

1. ~~Der Mobilitätsentwicklungsplan 2035+ wird als ganzheitliche und strategische Planungsgrundlage der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis genommen.~~
2. ~~Die Verwaltung wird im Rahmen der verfügbaren Ressourcen beauftragt, die 88 Maßnahmen aus dem Zielszenario 2035 zu konkretisieren und koordiniert umzusetzen. Vor der jeweiligen Umsetzung sind die Maßnahmen den Ratsgremien zur Entscheidung vorzulegen.~~
3. ~~Die Verwaltung wird beauftragt, konkrete Maßnahmen zur Optimierung des Mobilitätsentwicklungsplans zu erarbeiten und dem Rat in spätestens 6 Monaten vorzulegen, so dass das Erreichen des Zielszenarios nicht von äußeren Effekten abhängig ist, die nicht in der Planungshoheit der Stadt liegen.~~
4. ~~Die folgenden Beschreibungen in der Anlage 3 „Maßnahmentabelle“ werden durch die ursprünglich vom AMTA zur Prüfung beschlossenen Maßnahmenbeschreibungen (siehe Anlage 1) ganz bzw. teilweise ersetzt:~~
 - a. ~~R10: Qualitätssicherung für Radwege~~
 - b. ~~A1: Konsequenter Ausbau der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum~~
 - c. ~~P1: Erarbeitung einer städtischen Stellplatzsatzung~~
 - d. ~~P4: Parkraum-Bedarfsprüfung~~

5. ~~Die folgenden Beschreibungen in der Anlage 3 „Maßnahmentabelle“ werden durch die Maßnahmenbeschreibungen in Anlage 2 ersetzt:~~
- ~~a. R2: Umgestaltung von Innenstädten~~
 - ~~b. K7: Konzept zur Verlagerung des Durchgangsverkehrs (z.B. Verkehrsuntersuchung Bohlweg)~~
 - ~~c. P2: Planung von Quartiersgaragen in Neubaugebieten forcieren und Nachrüstung in Bestandsquartieren prüfen~~

~~Die Verwaltung wird beauftragt, den Fortschritt der Maßnahmenumsetzung zu untersuchen und den politischen Gremien, den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Interessensträgern zu berichten. Mit den Ergebnissen und gewonnenen Erkenntnissen wird iterativ die Zielerreichung kontrolliert. Bei sich verändernden Mobilitätsanforderungen wird auf neue Herausforderungen reagiert und unter Einbeziehung der relevanten Akteure neue Lösungen entwickelt.~~

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf passieren lassen):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5. Anträge

5.2. Festlegung einer Vorzugsvariante für die weitere Planung eines Ersatzes für den bestehenden Bahnübergang Grünwaldstraße 25-25134

Protokollnotiz: Ratsfrau Jalyschko verlässt um 16:55 Uhr die Sitzung.

Ratsfrau Hahn bringt den Antrag 25-25134 ein und begründet diesen.

Ratsherr Pohler begrüßt für die CDU-Fraktion den Antrag 25-25134 und erinnert an die Unterstützung der Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren durch die CDU-Fraktion. Zur Ratssitzung kündigt er einen eigenen Antrag der CDU-Fraktion an.

Ratsherr Dr. Plinke erklärt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, es spreche deutlich mehr für eine Unterführung; insbesondere die höhere Sicherheit und Verlässlichkeit sowie der ursprüngliche Wunsch der Deutschen Bahn zum Bau einer Unterführung. Nach seiner Auffassung wurden die Unterschriften nicht unter gleichberechtigter Abwägung aller Fakten gesammelt, sondern im Wesentlichen wegen des Aspekts des großen Eingriffs in die Landschaft und den Baumbestand. Die etwa 15.000 Unterschriften für das Bürgerbegehren stellten zudem nur weniger als zehn Prozent der zur Teilnahme an einem Bürgerentscheid berechtigten Einwohnerinnen und Einwohner dar. Von einer Minderheit der Wahlberechtigten wolle er sich nicht beindrucken lassen. Nach seiner Auffassung ist es die demokratischere Variante, das beantragte Bürgerbegehren durchzuführen. Den Antrag 25-25134 lehnt er deshalb ab.

Ratsherr Behrens erklärt, jede Braunschweigerin und jeder Braunschweiger könne sich im Rahmen des Bürgerentscheids selbst eine Meinung darüber bilden, ob die Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren ein zutreffendes Bild der Thematik vermittelt habe. Es ist nach seiner Auffassung nicht Aufgabe der Ratsgremien, die Bürgerschaft daran zu hindern, sich einzubringen. Alle Menschen sollten in einem gesamtstädtischen Meinungsbildungsprozess eingebunden werden. Die Haltung der SPD- und CDU-Fraktion bezeichnet er als obrigkeitsstaatliches Demokratieverständnis. Er weist darauf hin, dass den Gremien ein vollständiger Überblick über die Konsequenzen eines solchen Beschlusses fehlt.

Auf seine Nachfrage, ob der Bahnübergang in das laufende Bauvorhaben beim aktuellen Planungs- und genehmigungsstand noch integriert werden kann, berichtet Stadtbaurat Leuer, dass die DB InfraGO AG (DB) das Stellwerkprojekt wie von ihr angekündigt weiter vorantreibt, aber auch mitgeteilt hat, dass sie nach endgültiger Festlegung auf eine Variante die Planung in Abstimmung mit der Stadt Braunschweig aufnehmen wird.

Zur weiteren Nachfrage von Ratsherr Behrens, welche Kosten bei Einbeziehung des Änderungswunsches jeweils für die Beteiligten anteilig anfallen, erklärt Stadtbaurat Leuer, dass im Falle eines Beschlusses über die 0+-Variante die Kosten von der DB zu tragen sind. Nur Sonderkosten, die auf besondere Wünsche der Stadt Braunschweig zurückgehen, seien von der Stadt selbst zu tragen. Für konkretere Aussagen zu den Kosten für Sonderwünsche müsste die Planung jedoch weiterentwickelt werden, sodass hierzu bis zur Ratssitzung noch keine Aussage getroffen werden könne.

Ratsherr Pohler erklärt in Erwiderung auf den Redebeitrag von Ratsherr Behrens, dass der von den Bürgerinnen und Bürgern demokratisch legitimierte Rat den Bürgerentscheid nach § 32 Abs. 7 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) abwenden kann und ein Demokratiedefizit damit nicht vorliege. Die nicht unerhebliche Anzahl von etwa 15.700 Menschen, die sich gegen eine Unterführung ausgesprochen haben, sollte vom Rat berücksichtigt werden.

Ratsfrau Arning erinnert für die BIBS-Fraktion an die über einen langen Zeitraum geführte intensive Diskussion, in der sich die Bürgerinnen und Bürger über die zur Auswahl stehenden Optionen informieren konnten. Die Anzahl der gesammelten Unterschriften bezeichnet sie als eindrucksvoll. Für die BIBS-Fraktion kündigt Ratsfrau Arning die Zustimmung zum Antrag 25-25134 im Rat an.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt den Antrag 25-25134 zur Abstimmung

Protokollnotiz: Im Anschluss an die Abstimmung unterbricht Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth die Sitzung für eine Sitzungspause von 17:16 Uhr bis 17:32 Uhr

Beschluss:

Der Beschluss des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben vom 28.09.2023 zum Ersatz des Bahnübergangs Grünwaldstraße durch eine Unterführung (Drs. 23-21448) wird aufgehoben, und stattdessen wird die Verwaltung beauftragt,

die Planung der Variante 0+ mit Wiederherstellung eines Bahnübergangs mit zusätzlichen Signalen zur Optimierung der Schrankenschließzeiten

als Vorzugsvariante der Stadt Braunschweig gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG und dem Regionalverband Großraum Braunschweig weiter voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 7 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

5.1. Antrag: Bau eines Hochgeschwindigkeitskonzeptes in Braunschweig - Der "Ringkansen"

25-25133

Ratsherr Behrens bringt den Antrag 25-25133 ein und begründet diesen.

Ratsherr Dr. Plinke erklärt, dass ihm zur Bewertung des Antrags die aus seiner Sicht notwendigen Stellungnahmen der Braunschweiger Verkehrs-GmbH und der Verwaltung fehlen. Er stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag 25-25133 um einen Gremienlauf zurückzustellen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt zunächst über den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellen abstimmen. Sie stellt fest, dass der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt wird, und stellt den Antrag 25-25133 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen, dass die Stadt Braunschweig zur Umsetzung des Mobilitätsprojekts „Ringkansen“ eine Stiftung gründet. Diese Stiftung soll ein Hochgeschwindigkeitskonzept für den Braunschweiger Ring entwickeln und umsetzen. Nach dem Vorbild des japanischen Shinkansen soll auf der mehrspurigen Ringstraße rund um den Stadtkern eine Hochgeschwindigkeitsstrecke entstehen. Auf dieser sollen speziell entwickelte Züge effizient und pünktlich die Stadt umrunden. Das Projekt soll den wegweisenden Namen „Ringkansen“ tragen und Braunschweig zur ersten Hochgeschwindigkeitsmetropole Deutschlands machen.

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Zurückstellung):

dafür: 3 dagegen: 7 Enthaltungen: 0

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 1 dagegen: 7 Enthaltungen: 2

6. Haltepunkt Bienrode ÖPNV-Konzept

24-24888

6.1. Haltepunkt Bienrode ÖPNV-Konzept

24-24888-01

Herr Hallmann führt in die Vorlage 24-24888 in der Fassung der Ergänzungsvorlage 24-24888-01 ein und erläutert die geplante Linienführung anhand einer Präsentation.

Ratsfrau Lerche bedauert, dass die Mitglieder des betroffenen Stadtbezirksrats 112 Wabe-Schunter-Beberbach die heute vorgetragenen Erläuterungen zur Vorlage in seiner Sitzung nicht erhalten habe. Wesentliche Informationen lagen dem Stadtbezirksrat 112 im Rahmen seiner Anhörung damit nicht vor, weshalb die Vorlage 24-24888 einstimmig abgelehnt wurde.

Stadtbaurat Leuer zeigt Verständnis für den vorgetragenen weiteren Informationsbedarf. Er hebt die grundsätzliche Bedeutung hervor, die in Planung befindlichen Eisenbahnhaltepunkte in Braunschweig (Bienrode, Leiferde und Donaustraße) mit dem ÖPNV-Netz zu verknüpfen.

Ratsherr Dr. Plinke stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage 24-24888 in der Fassung der Ergänzungsvorlage 24-24888-01 um einen Gremienlauf zurückzustellen und der Verwaltung bzw. der Braunschweiger Verkehrs-GmbH so Gelegenheit zu geben, die Planung den Bürgerinnen und Bürgern nochmals zu erläutern.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zurückstellen der Vorlage um einen Gremienlauf zur Abstimmung.

Beschluss:

~~Die Buslinie 424 erhält mit Fertigstellung des Haltepunkt Bienrode eine neue Linienführung. Der Linienweg der Buslinie 424 verläuft dann über den Haltepunkt.~~

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Zurückstellen):

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Peterskamp: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle "Lägenkamp"

24-24917

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 24-24917 zur Abstimmung

Im Anschluss an die Behandlung von TOP 8 (Peterskamp: Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle „Lägenkamp“) findet von 18:00 Uhr bis 18:07 Uhr die Einwohnerfragestunde statt. Anschließend wird die Sitzung mit der Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung fortgesetzt.

Beschluss:

„Der Planung und dem barrierefreien Umbau der Haltestelle „Lägenkamp“ am Peterskamp gemäß Anlage wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Anfragen**9.1. Verkehre im Nördlichen Ringgebiet****25-25127****9.1.1. Verkehre im Nördlichen Ringgebiet****25-25127-01****Ergebnis:**

Die Stellungnahme 25-25127-01 wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Optimierung Zielszenario MEP**25-25116****9.2.1. Optimierung Zielszenario MEP****25-25116-01****Ergebnis:**

Die Stellungnahme 25-25116-01 wird zur Kenntnis genommen.

9.3. Mündliche Anfragen

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn erläutert Herr Wiegel die Möglichkeit, mittels Adapterlösungen die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge zu nutzen.

In der Zeit von 18:01 Uhr bis 18:07 Uhr findet die Einwohnerfragestunde statt. Anschließend wird die Sitzung mit der Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung fortgesetzt.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 18:46 Uhr.

gez. Kluth
Kluth
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Ender
Ender
- Schriftführung -